

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Der Pressesprecher

-Pressemitteilung

Nr.: 088/2023 Potsdam, 13. März 2023

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13 14467 Potsdam

Pressesprecher: Gabriel Hesse Telefon: +49 331 866-5040 Mobil: +49 170 45 38 688

Internet: https://msgiv.brandenburg.de Twitter: https://twitter.com/MSGIV_BB Mail: presse@msgiv.brandenburg.de

Gesundheitsministerin Nonnemacher spricht beim Krankenhausgipfel über Krankenhausreform

Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher nahm heute in Berlin am vierten Krankenhausgipfel der Deutschen Krankenhausgesellschaft e.V. (DKG) teil. Im Anschluss einer Keynote des Bundesgesundheitsministers Professor Dr. Karl Lauterbach sprach sie bei einer Podiumsdiskussion mit Karl-Josef Laumann, Gesundheitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, und DKG-Vorstandsvorsitzenden Dr. Gerald Gaß über die anstehende Krankenhausreform. In ihrem Statement betonte Nonnemacher:

"Eine umfassende Krankenhausreform ist notwendig und dringend geboten. Die Dritte Stellungnahme der Regierungskommission zu einer grundlegenden Reform der Krankenhausvergütung ist eine geeignete Diskussionsgrundlage für das Vorhaben. Ich begrüße, dass mit diesen Empfehlungen Forderungen der Länder nach einer besseren Finanzierung von Vorhaltekosten und die Stärkung der sektorenübergreifenden, ambulant-stationärer Versorgung aufgegriffen wurden. Außerdem begrüße ich, dass der ökonomische Druck auf die Krankenhäuser mit den Reformvorschlägen reduziert werden soll. Die Behandlung von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern soll künftig stärker nach medizinischen und weniger nach ökonomischen Kriterien erfolgen. Das sind wichtige Reformansätze für die Zukunft.

Das Land Brandenburg bringt sich aktiv in den Reformprozess sein, und ich bin dem Bundesgesundheitsminister wirklich dankbar, dass er die Vorschläge und Hinweise der Länder aufgreift. Die Arbeit der Bund-Länder-Gruppe ist sehr konstruktiv, aber es gibt auch **noch viele offene Fragen**. Klar ist, und diese Botschaft können wir nicht oft genug wiederholen: **Krankenhausplanung ist Ländersache**, und das muss so bleiben! Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder müssen unbedingt erhalten bleiben, um auf regionale Besonderheiten eingehen zu können, sodass die flächendeckende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin in einem dünnbesiedelten Flächenland wie Brandenburg gewährleistet ist. Bei so einer großen Reform stellt sich auch die Frage einer Anschubfinanzierung beziehungsweise ein begleitender Strukturfonds zur Krankenhausreform."